

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohmentspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Versammlungsmiträte kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsmitschriften werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Henkmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelshäuser Straße 38—42. Telephon-Nr. 88 u. 89. Telegr.-Adr.: Altvorstand Bochum.

Wir müssen werben!

Neben 800 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften, darunter mehr als 30 000 Mitglieder unseres Verbandes, hat der Krieg bisher schon aus Familie, Gewerbsleben und ihrem Wirkungskreis in der Organisation herausgerissen. Gewaltige Opfer werden von ihnen gefordert, Blut und Leben müssen sie einsezen, um unser Land zu verteidigen und sie können darin erwarten und erwarten es, daß auch die Daheimgebliebenen in ihrer Opferwilligkeit nicht erlahmen.

Kost in allen Feldpostbriefen unserer im Felde stehenden Verbandskameraden kommt neben der Sorge um ihre Familien, die Sorge um das Fortbestehen und Gedeihen unseres Verbandes zum Ausdruck. Die gleiche Sorge hegen auch die im Felde stehenden Gewerkschaftsgenossen der übrigen Berufe, das beweisen ihre zahlreichen Mahnungen an die Daheimgebliebenen, zur Pflichterfüllung gegenüber der Organisation. So schreibt der langjährige Kassier einer Filiale des Textilarbeiterverbandes in Sachsen-Altenburg ("Textil-Arbeiter", Nr. 10 vom 5. März), daß es die Gewerkschaftsgenossen im Kriege mit ihm nicht verstehen können, daß die zu Hause Gebliebenen so gleich null ist gegen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen sein können. Er schreibt dann weiter:

"Wir opfern hier unsere Gesundheit und unser Leben, wir opfern hier unser alles, und den Kollegen zu Hause sind die Beiträge zu hoch und es ist ihnen zu viele Arbeit und zu unständlich, alle vier Wochen einmal in die Versammlung zu gehen. Wo bleiben denn die Opfer der Kollegen daheim? Viel freudiger und leichter würden wir hier die Entbehrungen usw. ertragen, wenn wir die Gewissheit hätten, daß die Kollegen daheim, wo jetzt so viele fehlen, mit um so größerem Eifer für unsere Sache arbeiten. Denn darüber sind wir uns klar: Wenn dieser furchtbare Krieg wird vorbei sein, müssen wir mehr denn je auf dem Posten sein, um das Errungene zu erhalten."

Und am Schlusse des Briefes heißt es:

"Darum, lieber Kollegen, die ihr zu Hause euer warmes Bett und eure Decke habt, die ihr von den Strapazen und Entbehrungen des Felddienstes direkt verschont bleibt, tut uns zuliebe schon die Errungenschaften der Organisation festhalten. Wahret eure eigenen Interessen und tretet sie nicht mit Füßen. Agitiert und werbet neue Mitglieder und besuchet fleißig die Versammlungen."

Mit kollegialem Gruss euer Kollege K...."

Solche ernsten Mahnungen sind erklärlich, hängt doch von dem Fortbestehen und Gedeihen der Organisation die Gestaltung der Zukunft für die Arbeiterklasse ab. Wer ist da gewissenlos genug, sie zu überhören?

Mehr wie je braucht die Organisation jetzt die opferbereite Mitarbeit aller. Große Lücken hat der Krieg gerissen; sie müssen noch Möglichkeit gefüllt werden. Darauf ist eine Neuherstellung der Agitation notwendig. Die Ansicht, daß die Agitationsarbeit während der Kriegsdauer zwecklos sei und ruhen müsse, ist falsch. Ein großes Heer Unorganisierter ist besonders im Bergarbeiterberuf noch vorhanden, aus dem die Lücken, die der Krieg gerissen, ergänzt werden können. Das ist notwendig, wenn die großen Aufgaben, welche besonders unserem Verbande nach dem Kriege erwachsen, erfüllt werden sollen.

In vielen anderen Berufen, so im Baugewerbe, Malergewerbe, Schneidergewerbe, Buchdruckergewerbe, in der Holzindustrie usw. haben die Organisationen der Arbeiter und Unternehmer nach Kriegsbeginn Arbeitsgemeinschaften gebildet und

Erklärungen abgegeben, worin der Wille zum Ausdruck kommt, Eigeninteressen zurückzustellen gegenüber dem Interesse des durch den Krieg bedrohten Gewerbes; Regierungen und Gemeinden arbeiteten mit den Arbeiterorganisationen Hand in Hand, um mit vereinten Kräften die schwere Zeit durchzuhalten. Aber die Grubenbesitzer neigen auch jetzt nicht zu einer Verständigung, obwohl das lediglich ein Gebot der Klugheit wäre. Von allen Dingen hätte eine Verständigung erzielt werden können über Lohn, Arbeitszeit, Beschaffung und Verteilung der Arbeitskräfte, Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer und in vielen anderen Fragen. Dadurch wären auch die Aufgaben des Bergbaus für die Landesverteidigung am besten sichergestellt worden. Wenn der Krieg den Beweis für die Notwendigkeit des organischen Zusammenschlusses in anderen Berufen gebracht hat, so gilt das erst recht für den Bergbau. Während aber in anderen Berufen das Zusammenarbeiten und die getroffenen Maßnahmen von einer gewaltigen Hebung des Gemeinschaftsgeistes zeugen, beharren die Grubenbesitzer auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber den Arbeiterorganisationen. Das zeigt mit aller Deutlichkeit, was wir auch nach dem Kriege zu erwarten haben und welche Aufgaben uns vorliegen.

Die Pflicht der Selbstverhältnisse erfordert darum, daß unser Verband nach dem Kriege kampfbereit und schlagfertig dasteht. Sonst werden auch die Kriegeropfer an Blut und Leben, welche unsere Kameraden auf den Schlachtfeldern gebracht, nicht gebührend bewertet. Mit Recht werden dann die von den Schlachtfeldern heimkehrenden Kameraden den Daheimgebliebenen die Schuld daran zumeissen, die es mit ihrer Pflichterfüllung unserem Verband gegenüber leicht nehmen.

Naturgemäß hat der Krieg in der ersten Zeit alles durcheinander gewirkt und auch die Agitation für den Verband lahmgelagt. Große Lücken wurden in unseren Organisationsapparat gerissen. Tausende unserer Vertrauensleute und Funktionäre mussten dem Kriegsruf folgen. Neue Vertrauensleute und Funktionäre nahmen die Arbeit derienten auf, welche den Fahnen folgen mußten. Über es bleibt da noch manches zu tun übrig. Die Arbeit liegt noch zu viel auf einzelnen Schultern. Das muß anders, besser werden. Alle müssen mit Händen am Werk legen, wenn es gedeihen soll. Unser Wirtschaftsleben und besonders der Bergbau haben sich überragend schnell den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen angepaßt. Dadurch wird die Werbearbeit für unseren Verband begünstigt und sie muß gute Resultate zeitigen, wenn alle ihre Pflicht tun und mithelfen.

Wie der Kassenbericht für das Geschäftsjahr 1914 auf Seite 4 dieser Zeitung zeigt, steht unser Verband weit günstiger, wie allgemein nach Lage der ganzen Verhältnisse angunehmbar war. Obwohl unser Verband zur Unterstützung der Familien seiner im Felde stehenden Mitglieder 702 334,30 Mk. und für sonstige Unterstützungen und Rechtsschutz 547 427,35 Mk. zusammen also 1 249 761,65 Mk. aufwenden mußte, betrug das Verbandsübermögen am Schlus des Geschäftsjahrs doch noch 3 207 861,31 Mk. gegen 3 232 357,36 Mk. im Vorjahr. Trotz der infolge des Krieges verminderten Einnahme und der großen Mehrausgabe von 702 334,30 Mk. für Kriegsunterstützung ist das Vermögen unseres Verbandes also sehr wenig zurückgegangen, und mit Recht heißt es im Kassenbericht, daß der Abschluß unter Berücksichtigung aller ungünstigen Begleitumstände ein guter ist.

Zur Nutzlosigkeit liegt also kein Anlaß vor. Unsere Kameraden auf den Schlachtfeldern müssen ungeheure Opfer bringen. Blut und Leben einzusezen, um unser Land vor den Greueln und Schrecken des Krieges zu schützen. Wenn sich die Daheimgebliebenen dieser Opfer würdig erweisen wollen, müssen sie mit verdoppeltem Eifer ihre Organisationspflicht erfüllen, dann wird es auch vortwärts gehen, allen Schwierigkeiten zum Trost.

tut bestimmen werden durch dieses Gesetz nicht aufgehoben. Das Gesetz gilt für die Reichsangehörigen, welche in dem gegenwärtigen Krieg für das deutsche Reich unmittelbar oder mittelbar Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten. Der Minister kann aber bestimmen, daß die Gewerkschaftsvorschriften auch den Angehörigen anderer Staaten zugute kommen. Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Bekanntmachung in Kraft treten, es soll aber vom 1. August 1914 ab gelten, also rückwirkende Kraft erhalten. Wann es außer Kraft tritt, wird der Minister zu bestimmen haben.

Die Kommissionsberatung führte in mehreren Punkten zu wichtigen Verbesserungen der Vorlage. Die angenommenen Verbesserungsanträge beruhen wesentlich auf der internen 12. Februar von unseren Handels- und Gewerbevertretern in Bochum eingereichten Petition. Dem § 5 wurde ein Zusatz angefügt, wonach die in Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten verbrachte Zeit und die darauf folgenden zwei Monate bei der Bezeichnung der Knappelschaftspensionen und auch als Wartezeit angerechnet werden. Sodann wurde als § 7a die Vorschift eingefügt, daß die aus Anlaß des Krieges gewährten Militärpensionen von den knappelschaftlichen Invalidenpensionen nicht in Abzug gebracht werden dürfen. Ferner wurde der Kreis der Berechtigten ausgedehnt, indem die Kommission beschloß, im § 10 einzufügen, daß das Gesetz auch für die Zeit vor der Mobilisierung gelten soll, in welcher Knappelschaftsmitglieder zu einer militärischen Wehr einberufen waren und daran anschließend Kriegsdienste verrichtet haben.

Die Kommission vertrat erklärten sich mit der Tendenz der Verbesserungsanträge durchaus einverstanden, erhaben aber Bedenken wegen der finanziellen Belastung. Demgegenüber ist von allen Parteivertretern in der Kommission betont worden, diese Bedenken müßten vor der Entscheidung, für unsere Kriegsteilnehmer bzw. ihre Familien zu sorgen, zurücktreten. Alle Verbesserungsanträge standen einstimmig angenommen, so daß auch an ihrer endgültigen Annahme im Landtage nicht zu zweifeln ist.

Auf mehrere, auf die praktische Anwendung der Gesetzesvorschriften bezugnehmende Fragen und Anregungen erklärte der Regierungsvertreter, im Zweifelsfalle sollten Ausführungsbestimmungen erlassen werden, die ganz dem arbeiterfreundlichen Geiste der Kommissionsberatungen entsprechen würden.

Wir werden das Gesetz nach seiner endgültigen Annahme im Wortlaut veröffentlicht. Es ist sehr erfreulich, daß die im Interesse der Knappelschaftsmitglieder eingereichte Petition unserer Verbandes sätzlich einen in Bochum im Knappelschaftsverein in mehreren wichtigen Punkten durch die Gesetzesfassung berücksichtigt gefunden hat.

Arbeiterfragen im preuß. Landtag

Bei der Besprechung des Handels- und Gewerbe-Ests am 25. Februar im preußischen Landtag sandte der Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Sydow, auch einige anerkennende Worte für die Leistungen der Gewerkschaften bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Minister sagte:

"Es ist doch eine nicht hoch genug einzuschätzende Tatsache, daß die Bisher der Arbeitslosen nicht nur erheblich günstiger steht wie zu Anfang des Krieges, sondern daß sie gegenwärtig auch günstiger steht als in den vorangegangenen Friedensjahren während derselben Zeit. Ich erkenne auch vor dieser Stelle gern an, daß bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften der verschiedenen Mietungen natürlich mitgewirkt haben, daß sie in dankenswerter Weise zur Schaffung von Arbeit für ihre Mitglieder beigetragen, aber auch für Unterstützung von zeitweilig Arbeitslosen und für Unterstützung der Familien der ins Feld gezogenen Arbeiter erhebliche Mittel aufgewendet haben."

Dann sprach Kamerad Hu. welcher ausführte:

"Meine Herren! Der uns vorliegende Est kann insofern der Kriegsergebnisse naturgemäß nicht so bewertet werden, wie wir das gewöhnlich bei diesem sehr wichtigen Est tun. Wie müssen daher auf eine Reihe von Erörterungen bei den einzelnen Positionen, die wir in früheren Jahren stets gepflogen haben, verzichten. Ich muß mich auf einige summarische Bemerkungen beschränken, die allerdings, glaube ich, der Situation angepaßt sind und auch vielleicht hier oder da nicht gerade angenehm klingen, aber, wie ich überzeugt bin, der Allgemeinheit dienen. Wenn wir unter

Wirtschaftsleben unter den Einwirkungen des Krieges beobachten, dann müssen wir zugeben, daß sich wider Erwartungen die schlimmsten Befürchtungen, die wir vor dem Ausbruch des Krieges gehabt haben, nicht erfüllt haben. Wir müssen zugeben, daß sich das deutsche Wirtschaftsleben im Vergleich selbst zu dem neutralen Ausland in verhältnismäßig günstiger Lage befindet. Es ist, wie hier schon wiederholt hervorgehoben worden ist, eine Neuorganisation seit der ganzen Weltwirtschaft eingetreten, die natürlich nicht ohne Städte und Städte vor sich gehen konnte, und die, wie das ja nun einmal der Welt Lauf ist, von den Schwächen im Felde am schwersten getragen werden mußte. Was wir nun vor uns uns sehen, das ist das Ergebnis des Zusammenarbeits einer Reihe von wirtschaftlichen und politischen Organisationen, die nicht immer harmonisch zusammengearbeitet haben.

Meine Herren, anfänglich war die Arbeitslosigkeit erschreckend hoch; sie war viel größer, als sie durch die amtlichen Mitteilungen in Erfahrung treten konnte, weil unsere amtliche Arbeitslosenstatistik sehr unvollkommen ist. Allein die freien Gewerkschaften zählen Anfang September 1910 120 völ. arbeitslose Mitglieder, gleich 21,2 Proz.

Ende Oktober hatte sich diese Zahl erstaunlicherweise erheblich vermindert, aber immerhin waren noch 175 500 Mitglieder, gleich 10,7 Prozent, völlig arbeitslos. Hierbei sind die bedeutenden Zahlen der nur teilweise Beschäftigten, ganz abgesehen von den mit geringeren Löhnen beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern, nicht einzubeziehen. Nach dem Oktober sind, den Erhebungen der einzelnen Gewerkschaften zu folge, die Zahlen der Arbeitslosen fast vollständig gesunken, so daß wir heute sagen können: in sehr wichtigen Gewerbszweigen, namentlich in der schweren Industrie, im Bergbau, ist bei einer Arbeitslosigkeit nicht mehr die Regel, sondern viel eher kann dort von einem Arbeitsmangel, und zwar von einem Mangel an geschulten Arbeitern, die Regel sein. Aber, meine Herren, wir dürfen doch nicht verkennen, daß diese Entlastung des Arbeitsmarktes auch im wesentlichen ihre Ursache hat in der außerordentlich starke Einberufung von Arbeitskräften zum Heeresdienst. Wir allein in den freien Gewerkschaften haben Ende Oktober über 660 000 Mitglieder gezählt, die zum Heere einberufen wurden. Ähnliche Ziffern haben auch die anderen Gewerkschaftszweigungen bekannt gegeben. Natürlich trug diese Einberufung zur Entlastung des Arbeitsmarktes ganz erheblich bei. Insdesten muß man ja auch zugeben, daß diese starke Einberufung von Arbeitskräften zum Heeresdienst. Wir allein in den freien Gewerkschaften haben Ende Oktober über 660 000 Mitglieder gezählt, die zum Heere einberufen wurden. Ähnliche Ziffern haben auch die anderen Gewerkschaftszweigungen bekannt gegeben. Natürlich trug diese Einberufung zur Entlastung des Arbeitsmarktes ganz erheblich bei. Insdesten muß man ja auch zugeben, daß diese starke Einberufung von Arbeitskräften zum Heeresdienst.

Natürlich erforderte diese erstaunliche Umgruppierung unserer Volksmehrheit das Zusammenwirken einer ganzen Reihe von Faktoren. Es ist schon vorhin von den Gewerkschaften, den Arbeiterorganisationen manches gute Wort gesagt worden, das — so erwartete ich — auch seine guten Früchte in voller Konsequenz des Gesagten tragen wird. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, meine Herren, daß die Gewerkschaften ohne Unterschied der Mietungen sich mit ihrem ganzen Organisationsapparat vollständig in den Dienst der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenfürsorge gestellt haben. Allein die freien Gewerkschaften haben in den abgelaufenen ersten fünf Kriegsmonaten über

23 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung und für Unterhaltung von Kriegerfamilien ausgegeben. (Hört, hört! bei den Soz.) Meine Herren, über 23 Millionen Mark, zusammengetragen aus einzelnen Heitergroschen! Sie werden zugeben, daß diese soziale Tätigkeit der Gewerkschaften in erheblichem Maße auch dazu beigetragen hat, Staat und Gemeinden in finanzieller Hinsicht zu entlasten, was in der ersten Kriegszeit bei den Erwerbungen und Witterungen ja besonders wichtig war. Es haben die Gewerkschaften nicht nur bei der Arbeitsvermittlung insofern mitgewirkt, daß sie ihren Mitgliedern diese Arbeitsstellen antwiesen, oder daß sie sie daraus hinwiesen: dort und dort in Arbeit zu bekommen, sondern wir haben Gewerkschaften, die viele Tausende von Mark allein für Kleider ausgetragen haben, damit diese arbeitslosen Verwiegten an den Arbeitshäusern, wo sie gebraucht wurden, kommen konnten. Die Arbeitsvermittlung ist unserseits nicht nur lediglich für Angehörige der Gewerkschaften durchgeführt worden, sondern auch Nichtmitglieder sind in dem Maße, wie sie sich meldeten, untergebracht worden.

Meine Herren, wenn man die materiellen Opfer betrachtet, die während dieses Krieges gebracht haben, so kann nicht geleugnet werden, daß die Organisationen der Arbeiter, die an manchen Stellen auch heute noch nicht die gehörige Anerkennung gefunden haben, sich in herausragendem Maße opferwillig gezeigt haben. Ob ihre gemeinsame Tätigkeit vollständig und mit allen Konsequenzen anerkannt wird, das wird in hoffentlich einer nächsten Zeit entschieden werden.

Meine Herren, wenn man die materiellen Opfer betrachtet, die während dieses Krieges gebracht haben, so kann nicht geleugnet werden, daß die Organisationen der Arbeiter, die an manchen Stellen auch heute noch nicht die gehörige Anerkennung gefunden haben, sich in herausragendem Maße opferwillig gezeigt haben. Ob ihre gemeinsame Tätigkeit vollständig und mit allen Konsequenzen anerkannt wird, das wird in hoffentlich einer nächsten Zeit entschieden werden.

Knappelschaftliche Fürsorge für die Kriegsteilnehmer u. ihre Familien

Der bereits in Nr. 8 kurz besprochene Entwurf eines Knappelschafts-Kriegsgesetzes kam Donnerstag, den 4. März, in der Handels- und Gewerbevertretung des preußischen Abgeordnetenhauses zur eingehenden Beratung. Mitglied dieser Kommission ist auch unser Kamerad Hu. Wir er-

halten über die Kommissionsverhandlungen folgenden Bericht:

Die Handels- und Gewerbevertretung verhandelte heute (4. März) über den zehn Paragraphen umfassenden Entwurf des Knappelschafts-Kriegsgesetzes in einer 3½-stündigen Sitzung. Der Gesetzentwurf bezweckt die Sicherstellung der Knappelschaftsrechte der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien. Darum wird im § 1 vorgeschlagen, dem „regelmäßigen Aufenthalt“ der Knappelschaftsgenossen „im Lande“ (§ 17 Abs. 1 des preuß. Knappelschaftsgesetzes) gleichzustellen ein „Aufenthalt im Lande“, der durch Einberufung des Mitgliedes zu Kriegs-, Sanitäts- und Heeresdiensten oder ähnlichen Diensten verursacht wird. „Die §§ 2, 3 und 4 regeln die „Wartezeit“ der Kriegsteilnehmer, und der Pensionskassemitglieder und den Ablauf der „Fristen“ derart, daß nach menschlicher Voransicht den am Kriege teilnehmenden Vereinsgenossen kein erworbenes Pensionsanrecht verloren bzw. ihnen die spätere Erwerbung nicht schwer gemacht werden kann. Der § 5 hebt die Verpflichtung zur Zahlung von Anerkennungsgebühren (§ 33 des Knappelschaftsgesetzes) während der Kriegsdienstleistung unter voller Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte auf. Den Mitgliedern, welche zur Zahlung von Anerkennungsgebühren nicht berechtigt sind (§ 34 Abs. 1 des Knappelschaftsgesetzes), wird die Mitgliedszeit vor dem Kriege gegen die Biedereintritt in eine Pensionskasse innerhalb zweier Monate nach Entlassung aus dem Kriegsdienst erlost. Diese Vorschriften gelten für alle preußischen Knappelschaften, ohne daß eine statutarische Erforderung erfolgt. Weitergehende Sta-

nach der hoffentlich raschen Beendigung dieses Weltkrieges setzen. Ich möchte jetzt aber schon sagen, daß ich sehr ungern hier berichtet werden bin, als gestern mein Freund Goerlitz von dieser Stelle aus mitteilte konnte, daß der Herr Handelsminister sich in abschaffender Weise über die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiter aussprochen habe. Wenn das schon von einer solchen Stelle aus geschieht, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die nachgeordneten Stellen und namentlich wer weiß wie viele Privatunternehmer noch immer nichts von einer Anerkennung der Organisationen der Arbeiter wissen wollen. Das ist schief zu urteilen. Ich erinnere daran, daß noch dieser Tage in der "Röntgenischen Volkszeitung" aus dem Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften eine Klage veröffentlicht wurde über die Organisationsfeindseligkeit der Straßenbahnhinternehmer. Meine Herren, ich meine, in dieser höchsten Zeit ist es doch notwendig, daß in das arbeitende Volk die Gewissheit hineingeprägt wird, daß die ungewöhnlich schweren Opfer, die gebracht werden müssen im Interesse unseres Vaterlandes, auch anerkannt werden und nicht die früheren Zustände als der Staatswirtschaftsleiter Schluß in Geltung bleibent. (Schr. richtig! bei den Soz.) Der Herr Handelsminister hat sich ja in der Kommission und auch heute wieder ganz anders gestellt wie sein Kollege von der Landwirtschaft; ich freue mich, daß er hier im Plenum die sympathischen Worte über die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen wiederholt hat, und hoffe, daß nach dem Kriege nicht der Kurs des Herrn v. Schorlemer, sondern ein anderer, sozialforschtlicher, volkswirtschaftlicher Kurs gesteuert wird.

Denn, meine Herren, da man in allen Sieden, die wir hier heute gehabt haben, die eminente Bedeutung der Organisationen, der Fachverbände für die erfolgte Umgruppierung der Volkswirtschaftsstadt betont hat, so muß man es doch für selbstverständlich erachten, daß man auch die erwiesene Notwendigkeit der Gewerkschaften rücksichtslos anerkennt, die Arbeiterorganisationen nicht mehr irgendwie behindert; sondern ein anderer, sozialforschtlicher, volkswirtschaftlicher Kurs gesteuert wird.

Aber, meine Herren, es wäre falsch und würde zu übeln Konsequenzen führen können, wenn sich die Meinung verbreiten sollte, daß jetzt von nennenswerten Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht mehr die Rede sei. Wenn wir die einzelnen Gewerkschaftsstädtchen verfolgen, dann sehen wir, daß in den einzelnen Gewerkschaften nun noch

zum Teil erheblich höhere Arbeitslosenziffern festgestellt worden sind, nicht nur als unmittelbar vor dem Kriege, sondern auch höher als in den Jahren, wo ein wirtschaftlicher Niedergang stattfand. Von dem Bergarbeiterverband will ich einstweilen nicht reden, weil da ja die Arbeitsverhältnisse auch durch Witterungseinflüsse stark bestimmt werden; aber ich weise auf den Metallarbeiterverband und insbesondere auf den Holzarbeiterverband hin, der auch im Januar d. J. wiederum eine sehr hohe Arbeitslosenziffer festgestellt hat. Diese liegt uns nahe, die Verhältnisse nicht so rosig zu urteilen, wie das heute von verschiedenen Seiten geschehen ist. Dabei wollen sie beachten, meine Herren, daß die von mir zitierte Gewerkschaftsstatistik längst nicht die Gesamtheit der Arbeiterbevölkerung umfaßt; es ist leider nur ein kleiner Teil, da der größte Teil der Arbeiter und Arbeiterleider noch immer nicht die unbedingte Notwendigkeit der beruflichen Organisation eingesehen hat. Wenn man diese erwähnten statistischen Ergebnisse auf die Gesamtheit der Berufsgenossenschaft überträgt, was zulässig ist, und wenn man gar in weitestem Umfang die gewerbliche Bevölkerung nach ihren derzeitigen Erwerbsverhältnissen befragte, dann würde sich ergeben, daß die Erwerbslosigkeit in Deutschland immerhin sehr erheblich ist. Besonders unter den weiblichen Arbeitern in gewissen Industrien ist die Arbeitslosigkeit zweifellos erheblich. Sie können auch — es ist hier ja schon auf die Masse der Handwerker hingewiesen worden — auch in Handwerkerbetrieben eine langsame Existenzfinden, die zuhing zu den Arbeitslosen gerechnet werden können. Sie haben weiter eine Reihe von notleidenden Personen hier — ich nenne z. B. die verhältnismäßig große Menge von Aktisten, die sich hier in Berlin arbeitslos vorfinden —, die doch auch berücksichtigt werden müssen. Wenn wir das alles zusammennehmen, dann, meine ich, dürften wir uns vor optimistischen Ausschauungen hinsichtlich unserer Gewerkschaftsverhältnisse hüten und müssen uns daran erinnern, daß diese Arbeitslosengruppen in irgend einer Weise untergebracht oder aber sonst untergeht werden müssen.

Meine Herren, ich habe schon gesagt, daß in großen Industrien, namentlich in den schweren Industrien, ein Arbeitermangel, sogar ein großer Arbeitermangel herrscht. Dieser Kontrast nun; auf der einen Seite ein großer Arbeitermangel, auf der anderen Seite eine doch immerhin erhebliche Arbeitslosigkeit, leitet doch zu der Erkenntnis hin, daß unsere

Arbeitsvermittlung nicht so funktioniert,

wie wir das im Interesse des Gemeinwesens wünschen müssen. Wir haben schon seit Jahren die großen Mängel der Arbeitsvermittlung in unserem Vaterlande kritisiert. Darum haben wir einen zentralisierten Ausbau unserer Arbeitsvermittlung, und zwar auf paritätischer Grundlage, über das ganze Reich gefordert.

Der Herr Berichterstatter hat erwähnt, daß in der Kommission erklärt worden sei, diese Arbeitsvermittlungsstellen sollten nicht als soziale Kampfmittel gelten, und er hat dann gesagt, daß das nunmehr auch von der Gewerkschaften erklärt wurde. Meine Herren, da möchte ich doch um Irrtümer zu vermeiden, darauf aufmerksam machen, daß die Förderung paritätischer Arbeitsvermittlung nicht etwa neuer Ursprungs ist, sondern auch von den freien Gewerkschaften schon seit Jahren vertreten wird. (Schr. richtig! bei den Soz.) Ich möchte daran erinnern, daß wir beispielweise — das wird ja der Herr Minister noch recht lebhaft im Gedächtnis haben — aus den westlichen Bergbaubezirk schon im Jahre 1909 an den Herrn Minister den Wunsch gerichtet haben, sich zu bemühen, den dort eingerichteten einseitigen Zwangsarbeitsnachschlag der Zeugen auf paritätischer Grundlage herzustellen. Das ist nun schon fast sechs Jahre her. Sie sehen, daß schon vor sechs Jahren die bergmännischen Gewerkschaften aller Richtungen die paritätische Arbeitsvermittlung gewünscht haben, daß man damals bei uns schon von der früher allerdings vertretenen Ansicht abgelenkt war, daß die Arbeitsvermittlungsstellen auch ein soziales Kampfmittel sei. Herr Giesbertz hat angeführt — ich habe davon auch in der Kommission Mitteilung gemacht —, daß unlängst eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftseinrichtungen im Berlin mit heranziehenden bürgerlichen Sozialpolitikern Thesen ausgestellt hat, die zur Anbildung einer Zentralisierung der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage für das ganze Reich dienen sollen. Ich kann nur sagen, daß es im allgemeinen Interesse, im Interesse unserer getroffenen Volksdurchgang liegt, wenn der Herr Minister an der Stelle, wo es notwendig ist, dafür eintritt, daß die von den Gewerkschaften demnächst an den zuständigen Stellen eingerichteten Leitsätze gebührende Beachtung und tatkräftige Unterstützung finden.

Auch ich habe in der Kommission gewünscht, daß man die Summe von 130 000 Rth., die für die Subventionierung der Arbeitsvermittlungsstellen in den Städten eingesetzt ist, erhöhen möchte. Ich habe auf dem Antrag nicht mehr bestanden, nachdem der Herr Minister erklärt hat, daß auch ohne diese besondere Einstellung im Gedächtnisse ein höherer Betrag ausgeworfen wird.

Wir befürchten aber auch — das hat sich in diesen Kriegszeiten doch klar herausgestellt — eines grundlegenden,

umfassenden Ausbaues unserer Arbeitslosenstatistik.

Unsere Arbeitslosenstatistik liegt sehr in armen. Sie beruht im wesentlichen auf den Angaben einer Anzahl öffentlicher Arbeitsnachstellungen und auf den Angaben einiger Fachverbände. Damit kommt mir aber nicht mehr aus. Wir sehen ja heute, daß wir auf der einen Stelle Arbeitslose haben — ich will darüber hinaus lassen, ob alle diese Arbeitslosen tatsächlich geeignet sind, in den betreffenden Industrien und Gewerben einzutreten; aber wahrscheinlich sind auch solche noch darunter —, auf der anderen Seite aber einen starken Überblick über die verfügbaren, freien, d. h. nicht festgelegten Arbeitskräfte gehabt hätten, was nur durch die Aufstellung einer zentralen Arbeitslosenstatistik zu erreichen war, dann würden manche Irrungen und Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt nicht vorkommen sein. Darum liegt auch unsere Forderung, die wir erheben, unsere Arbeitslosenstatistik aus zentraler Grundlage allgemein durchzuführen, wobei man an eine gewisse Pflichtpflicht denken kann, auch im allgemeinen Interesse, und ich bitte den Herrn Minister, diese Anregung entsprechend zu beachten.

Beschiedene Herren sind auch auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter insoweit eingegangen, als sie erklärt haben, die Löhne seien gesiegen. Herr Rosenow hat das ganz anders unterschrieben. Ge-

wiß, es ist nicht zu bestreiten, daß in einer Reihe von Gewerben unter den Einwirkungen des Krieges und infolge der recht gut begohnten Kriegsaufwendungen die Löhne gestiegen sind, aber in erster Linie deshalb, weil dort Mangel an Arbeitern herrscht. Aber es sind — und da werden mir alle Vertreter der Fachverbände der Arbeiter zustimmen — bei der Arbeitsvermittlung schwere Hindernisse dadurch hervortreten, daß es in der Landwirtschaft, in großen Industriezweigen an Arbeitsverträgen mangelt, die gewisse Mindestleistungen für die Arbeitsleistung festsetzen. Infosgedessen ist es zu Kündigungen, außerordentlicher Abkehr gekommen, zu Stellenwechseln, die recht gut vermieden werden könnten, wenn die von den Gewerkschaften längst erobene Nordierung:

Einführung von Tarifverträgen mit Mindestlöhnen
ist, allgemein durchgeführt wäre. Meine Herren, solche Tarife hätten sich in erster Linie auf die Feststellung eines Lohnes beziehen müssen, der den nötigen Aufwand für die Lebensbedürfnisse entspricht. Und so muss doch gesagt werden, daß, wenn in der Budgetkommission von erhöhten Löhnen gesprochen und auch erklärt worden ist, daß in bestimmten Gewerben die Löhne 10, 20 Prozent und mehr gestiegen sind, auch dort im Vergleich zu der Erhöhung der Lebenskosten tatsächlich Lohnherabsetzungen eingetreten sind. Es sind dort keine absoluten Lohnherabsetzungen eingetreten; aber auch solche sind, z. B. im Bergbau, vorgesehenen, wie nachzuweisen ist; sondern es sind relative Lohnherabsetzungen infolge der Überhöhung, man darf sagen: wahrscheinlich Heraufschraubung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel eingetreten. (Schr. wahr! bei den Soz.) Das ist das Mittelpunkt, unter dem die breite Masse des Volkes nun immer stärker leidet.

Meine Herren, man braucht sich nicht zu wundern, wenn nicht nur in den Zusammensetzungen der Arbeiter, sondern auch in den Zusammensetzungen von Vertretern des Mittelstandes darüber berichtet wird, daß diese Wucherer, diese Preiskreislauf direkt hinter den „Schädeln des Schlachtfeldes“ kommen, daß sie als Feinde des Landes, als schwere Schädiger der vaterländischen Interessen zu verurteilen sind. Diese Wucherer erheben die Rolle der breiten Volksmasse in der freihaftesten Weise.

Meine Herren, wir haben in der Kommission dahin Auskunft erhalten, daß, wenn wir uns einigermaßen einrichten, unser Lebensmittelvorrat bis zur neuen Ernte ausreicht. Wenn eine Notwendigkeit in dieser Beziehung eingetreten ist, so liegt das nur an den preiswirksamen Bucherern, die nicht nur in dem parasitären Zwischenhandel, sondern auch anderswo ihr Unrecht treiben. (Schr. richtig! bei den Soz.) Es ist in Frankreich, England und Russland nicht besser; es ist im englischen Parlament von den dortigen Sozialisten in scharfer Weise diese Lebensmittelwucherrei gegeißelt worden. Daß es im Auslande nicht besser ist, das bestätigt eben,

daß die Rauffgier, die Habgier international ist.

Davor werden aber unsere Volksgenossen, unsere unter diesen Verhältnissen viel zu schlecht unterstützte Kriegerfamilien nicht fehl. Es hilft eben nichts, daß man die Löhne um 10, 15, 20, meinetwegen um 50 Prozent erhöht, wenn zu gleicher Zeit die Lebensunterhaltungsfesten um 50 und bis 100 Prozent in die Höhe gehen. (Schr. wahr! bei den Soz.) Das ist eben ein schärfster Kreislauf, der zur Folge hat, daß je länger diese Rauffgier, die Eigentum der Vermögen im Volke anhält, um so erbitterter die Stimmung im Volke gegen diesen Frevel wird. Das muß ausdrücklich gesagt werden. Ich kann darauf hinweisen, daß selbst ein so ruhig urteilender Herr wie der nationalliberale Abgeordnete Schäffer in einer Rede in Magdeburg schon vor Monaten ähnlich schärfre Erone wie ich gegen diese Lebensmittelwucherrei gefunden und damit zweifellos der ungeheuren Mehrheit des Volkes aus dem Herzen gesprochen hat.

Diese Industrie — das will ich auch hier wie in der Kommission sagen — ist gar nicht in der Lage, wenn diese Preisstreiter so weiter jagen, solche Löhne zu zahlen, daß Erhöhung der Lebensmittelpreise dadurch ausgeglichen wird. Darum fordern wir, daß die Regierung unverzüglich zu einer weiteren

Beschlagsnahme der wichtigsten Lebensmittel
schreitet (Schr. richtig! bei den Soz.), damit diese endlose Schrankenreihe der Preise, die gerade die Armut unter den Armen am meisten trifft, endlich aufhört.

Doch nicht überall Lohnherabsetzungen eingetreten sind, habe ich schon in der Kommission gesagt, und das will ich auch hier noch ausdrücklich betonen. Auch Herr Abgeordneter Rosenow hat bestätigt, daß in bestimmten Fällen zwar hochgezahlte Kriegslieferungen in Auftrag gegeben wurden, aber trotzdem dort die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten herabgebrückt wurden, und daß es des Einheitsfonds der Handelskammern und auch verschiedener Generalformandos bedurfte, um dieser unerhörten

Ausnutzung der Notlage von Arbeitern und Angestellten
ein Ende zu machen. Wie nochmals gesagt, ein Ausgleich der hohen Lebensmittelpreise durch Löhne und Gehälter ist im allgemeinen noch nicht eingetreten. Wenn in dieser Hinsicht die Herren, die den Handel und die Industrie nahestehen, auf ihre Gewerkschaften einwirken wollten, so würden sie sicher der wichtigsten Ursache, die zur Misshandlung in breiten Kreisen der Arbeiterbevölkerung berechtigten Anlaß gibt, den Boden abgraben. Entweder erhöhe man die Löhne und die Gehälter der Angestellten, oder man verschaffe uns niedrigere Lebensmittelpreise. Das ist das Gebot der Stunde.

Nun, meine Herren, einige Ausführungen über die Gewerbeaufsicht. In anderen Jahren haben wir über die Gewerbeaufsicht, über die Gewerbeinspektion ausführlich gesprochen. Das muß ich mir jetzt vertagen. Während des Krieges sind durch Reichsgesetz und Verordnungen manche Arbeiterschutzbestimmungen außer Kraft gesetzt worden. Das war eine Kriegsnötwendigkeit und das ist auch von uns erwartet worden. Aber ich möchte die Vertreter der Regierung bitten, den zuständigen Stellen bestimmte Anweisungen dahin zu geben, daß diese Kriegsnötwendigkeit nicht weiter aufrecht erhalten werden darf, als es die Rücksicht auf die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der Arbeiter gestattet. Denn schließlich kommen wir vom Augen in die Krause, wenn durch viele Überstunden, durch immer intensivere Anspannung der Arbeitssatz die Erstanfangsziffer so hoch steigt, daß ein großer Teil der

Arbeiter und Angestellten nicht mehr arbeitsfähig ist; dann würde natürlich unsere Produktion stark zurückgehen. Dem können wir vorbeugen, indem die Gewerbeinspektionen mit entsprechenden Anweisungen seitens der Regierung versehen werden.

Meine Herren, es ist schon gesagt worden, daß die Arbeiter die harten Schritte dieser Zeit würdigen. Sie haben bewiesen, daß sie sie verüben, und es ist der dringende Wunsch aller Menschen, denen das Wohl unseres Vaterlandes wirklich am Herzen liegt, daß diese Opferwilligkeit der Arbeiterschaft nicht nur durch Worte, sondern auch durch entsprechende Taten im weitesten Umfang anerkannt wird. Diese Anerkennung würde eine schöne Stimmung nicht nur in unserer Bevölkerung, sondern auch draußen, wo unsere Volksgenossen in den Schützengräben liegen, auslösen; sie würde eine Einigung auslösen, die unserer Feinden vollauf unmöglich machen würde, uns zu überwinden. Meine Herren, um mindestens eine Misshandlung in der beregeten Richtung zu verhindern, muß alles vermieden werden, was auch nur im entferntesten den Eindruck erwecken könnte, daß die Arbeiter staatssicherlich minderwertig seien. Die anerkennenden Worte, die der Herr Handelsminister und auch verschiedene andere Herren Reden in der Kommission und hier im Plenum gesprochen haben, werden von den arbeitenden Bevölkerung als erfreulich empfunden werden. Ich möchte einen Ausdruck, den der Herr Handelsminister in der Kommission schon hat, anführen, daß nämlich ein gutes Wort, ein vertrauenverdienendes Wort, weit besser wirkt als ein Zwangsmittel. (Schr. richtig! bei den Soz.) Diejenigen Unternehmensfreunde, die ich diese Meinung gerichtet wissen möchte, werden, auch ohne daß ich sie besonders bezeichne, mich verstehen. Wenn sie nur danach handeln wollen!

Man darf auch nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß die jetzige Situation zu einer einseitigen Begünstigung einer bestimmten Interessengruppe ausgenutzt werden dürfte. Dieser Eindruck ist durch gewisse Geschle, durch gewisse Belanntschaften erweckt worden, die den Arbeitern, wenn sie durchgesetzt werden, einen großen Teil ihrer Freizügigkeit rauben.

Es handelt sich um Erlasse und Belanntschaften von Militärbehörden. Seitdem diese Erlasse sich nur auf Arbeiter beziehen, die vom Militärdienst eigens zurückerstellt worden sind, um in den betreffenden Betrieben zu arbeiten, können wir sie natürlich nicht ansehen, da die Militärbörsen in dieser Hinsicht maßgebend sind. Ganz

anders aber verhält es sich mit solchen Arbeitern, die nicht militärisch sind, die also über ihre Arbeitskraft verfügen können, soweit das bei dem jeweiligen Wirtschaftssystem überhaupt möglich ist. Diese Arbeitern darf unter keinen Umständen und unter keinem Vorwand das gesetzliche Recht der Freizügigkeit beschränkt werden. (Abg. Stöckel: Schr. richtig!)

Wir liegen eine Anzahl einschlägiger Dokumente vor; ich will aber wegen der vorigen Zeit nur einen, und zwar typische Fall anführen. Dieser typische Fall ist die Belanntschaft des Generalkonsuls und Feldzeugmeisters Herrn Krause, datiert vom 11. Februar 1915 zu Berlin. Durch diese Belanntschaft sollen nämlich nicht etwa nur die militärisch Dienstlichen bezw. vom Militär zurückerstellt werden, an ihrer Arbeitsstelle zu bleiben, sondern in diesem Falle wird auch den Unternehmern, ob sie gelegen, das Abgehen der Arbeiter besonders auch dahin zu beschreiben, ob der Abgang mit ihrer Zustimmung geschehe. Der bezeichnende Passus lautet:

„Da es in dieser ersten Zeit unbedingt notwendig ist, daß neben den großen Leistungen der im Felde stehenden Mannschaften auch jede einzelne Arbeitskraft im Lande voll zur Verfügung kommt, steht sich die Feldzeugmeisterschaft, die Firmen Groß-Berlins, welche Kriegsaufträge erhalten haben, zu erfüllen, Arbeiter, die bisher schon an Lieferungen für Heer und Flotte gearbeitet haben, in ihrem Betrieb nur dann einzustellen, wenn sie neben ihrer gewöhnlichen Abgangsbedienstung einen sofortigen Ausweis ihres bisherigen Arbeitgebers erlangen.“

Meine Herren, das ist durchaus gegen die Gewerbeordnung, durchaus gegen die Bestimmungen des geltenden Arbeitsvertragsrechts. Man kann die Arbeiter, die von einem Arbeitsplatz zum anderen wechseln, wofür sie wirtschaftliche Gründe haben — und wenn sie sie nicht haben, so ist es ihre Sache, darüber zu entscheiden —, unter den sozialen Gegebenen und hoffentlich auch unter den kommenden Gegebenen, die nach gewissen Anündigungen freier sein sollen, erst recht nicht zwingen, daß sie in bestimmten Betrieben bleiben. Man hat auch nicht das Recht, es u. a. förmlich vorgeschrieben, nur unter bestimmten Bedingungen solche nicht militärisch Dienstlichen Arbeiter einzustellen. Das ist

ein Eingriff in die Vertragsfreiheit, gegen die wir und — ich weiß sicher — die Arbeiterorganisationen aller Richtungen mit Einschluß erhoben.

Schr. interessant ist, daß diese Belanntschaft zwar in den bisherigen Fabriken angeschlagen worden ist, doch aber innerhalb weniger Tage dieser Belanntschaft nicht mit veröffentlicht worden ist. Es lautet:

„Es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß in Fällen, in denen von den Arbeitern berechtigte Klagen über zu geringe Verdiensste bei den Arbeitgebern erhoben werden, diese mit dem dieser großen Zeit entsprechenden Gerechtigkeitsumstand geprüft und abgestellt werden.“

Auso dieses, wo die Feldzeugmeisterschaft in jedem Einne die Unternehmer erkennt, nicht zum Lohnbrust zu schreien, sondern der großen Zeit entsprechend, wie es wörtlich heißt, die Gerechtigkeit zu leben, diese charakteristische Stelle in den Belanntschaften wurde in den bisherigen Fabriken nicht bemerkt. (Hört, hört bei den Soz.) Meine Herren, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind, überläßt ich den verehrten Mitgliedern des Hauses. Ich sage nochmal: ich protestiere, namentlich auch in der jetzigen Zeit, die wahrhaft nicht dazu anzuregen ist, sozialen Konflikts, herbeizuführen, gegen jede Maßregel, die daraus hinauszielt, einen auf Grund unseres Arbeitsvertragsrechts eingestellten Arbeiter in seiner Freizügigkeit legen zu zu befrüchten.

Man sollte sich ähnlich wie es schließlich in dem vorgetragenen Fall in Berlin zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Organisationen der Arbeiter geschehen ist,

mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen; man sollte sie faktisch anerkennen als gleichberechtigten Verhandlungspartner. Dann wird sich auch leicht ein Weg finden lassen, der den an sich — auch im Interesse der Arbeiter — oft nicht mitschenkbaren Arbeitswechsel auf das Mindestmaß befristet, ohne damit die Arbeitsfreiheit zu schädigen. Man soll — das will ich zum Schluß sagen — endlich allzeit zu erkennen geben und durch Taten beweisen, daß man ernstlich gewillt ist, den Arbeiter als faktisch gleichberechtigt auf allen Gebieten zu behandeln. Wenn das geschicht, wenn damit gezeigt wird, daß die vorvertragten Leistungen, die hinter der Front wie an der Front von den Arbeitern vollbracht werden, auch rücksichtlose Anerkennung finden, so wird das zu einem großen Erfolg für unser Gemeinwesen, zu einer bedeutenden Erhöhung des Ansehens Deutschlands in der Welt zweifellos beitragen.“ (Bivalot bei den Soz.)

Es folgte dann die Versprechung des Bergwerks-Stats, wobei der Minister Dr. Sydow die Frage der ansprechenden Kohlenversorgung, der Beschäftigung von Kriegsgefangenen, Lohnfrage und Nebenkostentwesen erörterte. Neben die Beschäftigung Kriegsgefangener führte er aus:

„In einzelnen Städten sind wir auch dazu übergegangen, Kriegsgefangene im Bergbau zu beschäftigen. Das ist hier um so unbedeutender, als die Kriegsgefangenen zum Teil nach Arbeit drängen und gelehrte Bergleute unter den Kriegsgefangenen sich geradezu um Beschäftigung im Bergbau bemüht haben. Um auch hier seinen Platz auskommen zu lassen, will ich bemerken, daß wir nur gelehrte Bergleute unter den Kriegsgefangenen im Bergbau beschäftigen wollen und auch nur solche, welche sich dazu bereit erklärten. (Schr. richtig! bei den Soz.) Dann aber werden wir die Leute, die sich vorzüglich ihrer Erfahrung bzgl. eigenen,

finnung" wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, wobei bemerkt wird, daß diese Pflichtverleihung selbstverständlich auch noch die gesetzliche vorgezeichnete Sühne finden wird.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Danles- und Ehrengabe für gefallene Krieger.

Der Vorstand der Thüringischen Landesversicherungsanstalt erließ unter dem 8. Dezember 1914 an sämtliche Versicherungsbüro, Gemeindebehörden und Krankenassen des Bezirks der Thüringischen Landesversicherungsanstalt folgendes Mundschriften:

Die Thüringische Landesversicherungsanstalt hat mit Genehmigung des Reichsversicherungsamts beschlossen, den Hinterbliebenen der Versicherten, die infolge ihrer dem Vaterland geleisteten Kriegshilfe gefallen oder verstorben sind oder im Laufe dieses oder des nächsten Jahres versterben sollten, als einmalige freiwillige Danles- und Ehrengabe zu spenden: für die Witwe 50 M., für ein Kind unter 15 Jahren 30 M., für zwei Kinder unter 15 Jahren 50 M., für mehr als drei Kinder 70 M.

Voraussetzung für die Danles- und Ehrengabe ist:

1. daß den Verschöerten müssen vor dem Eintritt in den Kriegsdienst zuletzt Maaten der Thüringischen Landesversicherungsanstalt verhendet werden sein.
2. Die Wartzeit für die Invalidenrente muß erfüllt und die Anwartschaft erhalten sein.
3. Witwe und Kinder dürfen von einer anderen Landesversicherungsanstalt oder Sonderanstalt nicht die gleiche Gabe erhalten haben oder nach Empfang der unsrigen ausscheiden. Beträgt die bereits empfangene Gabe einer anderen Landesversicherungsanstalt weniger als die von uns gewährte, so zahlen wir den Unterschied nach.

Die Danles- und Ehrengabe wird von uns ohne besondere Antrag in Verbindung mit dem Antrag auf Bewilligung von Witwen- oder Waisenrente oder Witwenzahl oder dem Antrag auf Anwartschaftsstellung erlaubt und ausgezahlt.

Hierzu ist notwendig, daß wenigstens Antrag auf Witwen- oder Waisenrente oder Witwenzahl oder dem Antrag auf Anwartschaftsstellung erlaubt und ausgezahlt wird, wenn ein nahezu Anspruch auf Witwen- und Waisenrente oder Witwenzahl nicht erhoben werden können.

Soweit bereits Hinterbliebenenbezüge oder die Anwartschaft auf solche von uns ausstehen sind, werden wir die Danles- und Ehrengabe in den nächsten Tagen zur Auszahlung bringen. Der Vorstand.

Vorsicht bei den Kriegshinterbliebenenrenten.

Auf Grund eines in alterstalter Zeit vorgekommenen Falles richten wir an die Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer die Aufforderung, ihre Rentenbescheide von sachsen undiger Seite nachprüfen zu lassen. Hierzu ist die Arbeiterschaftsrate der freien Gewerkschaften gerufen. Ist es doch vorgekommen, daß sogar eine höhere Verwaltungsbüro sich irrte und einer Witwe einen Bescheid sandte, nach dem sie pro Jahr 420 M. weniger erhielt als ihr zu stande.

Es handelt sich um die Witwe des gefallenen Referenten Herrmann aus Werne bei Bochum. Diese beantragte auf dem Amt die Genehmigung der Kriegswitwenrente und des Kriegswaisenzahls, also der Bezüge, die aus der Staatskasse zu zahlen sind. Der Antrag wurde aufgenommen und ging nach Aachen. Von dort, von der höheren Regierungsbüro, erhielt die Frau dann schwarz auf weiß, daß sie mit den beiden Kindern pro Jahr nur 316 M. bekomme. Den Schrift der Frau, die in den Zeitungen ganz andere Summen gelesen hatte, kann man sich denken. Auf erhebliche Beschwerde mußte die Regierung ihren Bescheid, dann dahin abändern, daß an Stelle der 316 M. 780 M. jährlich gezahlt werden.

Der Fall zeigt, daß die Behörden sich mit den Kriegsrenten erstmals beschäftigen müssen. Solange das aber noch nicht geschehen ist und solange auch die Behörden mit Unzulängen arbeiten, tun die Rentenberechtigten gut, jeden Bescheid recht kritisch aufzunehmen und sich zu vergewissern, ob die angegebenen Zahlen auch dem Gesetz entsprechen. H.A.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die freien Gewerkschaften während des Krieges.

Unsere Generalkommision hat zum dritten Male während des Krieges eine spezielle Bählung der zum Kriegsdienst einberufenen und der arbeitslosen Mitglieder der freien Gewerkschaften sowie deren finanziellen Leistungen vornehmen lassen. Bähltag war der 30. Januar. Am Schluß des Jahres 1918 hatten diese Gewerkschaften 2 510 226 Mitglieder. Aufgrund der Einberufungen zum Kriegsdienst und anderer Abgänge (Verzug, Abwanderung der Ausländer usw.) war die Mitgliederzahl am 30. Januar 1918 auf 1 502 306 zurückgegangen. Es konnten durchschnittlich nur 96,3 Prozent der am 30. Januar 1915 vorhandenen Mitglieder befragt werden. Einberufen zum Kriegsdienst waren

Anfang September	589 755 = 27,7 Prozent der Mitglieder,
31. Oktober	601 005 = 31,8 Prozent der Mitglieder,
30. Januar	780 594 = 34,1 Prozent der Mitglieder.

Da aus einer Reihe lokaler Gründe die Gesamtzahl der Einberufenen nicht ermittelt werden konnte, darf man zufällig annnehmen, daß die freien Gewerkschaften sicher 800 000 Kriegsteilnehmer stellen.

Die Arbeitslosigkeit ist, wie wir das an Einzelstatistiken bereits feststellten, sehr erheblich verminder. Es wurden völlig arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder gezählt:

Anfang September	370 126 = 21,2 Prozent der Mitglieder,
31. Oktober	175 500 = 10,7 Prozent der Mitglieder,
30. Januar	96 306 = 6,6 Prozent der Mitglieder.

Nur teilweise und mit verkürztem Lohn waren am 31. Oktober 122 545, am 30. Januar noch 109 925 Mitglieder beschäftigt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß nicht alle Gewerkschaften hierüber Bericht geben konnten. Der Beschäftigungsgrad hat sich, was schon durch die massenhaften Einberufungen zum Kriegsdienst teilweise erfärblich ist, ganz erheblich verbessert. Außerdem besteht in einigen Berufen immer noch eine bedeutende Arbeitslosigkeit, die bei 22 Verbänden am 30. Januar noch 10 Prozent der Mitglieder teilweise ganz bedeutend überstieg. Hier muß durch eine umfassende Arbeitsvermittlung oder durch eine Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln Vorsorge gegen die Not getroffen werden.

Beispiellos groß sind die finanziellen Leistungen der freien Gewerkschaften während des Krieges. Von 3. August bis zum 30. Januar gab sie nachweislich aus:

für Arbeitslose	17 783 120 Mark,
für Kriegerfamilien	8 180 208 Mark,
zusammen	25 963 327 Mark.

Nahezu 21 Millionen Mark! Gegenüber dieser Leistung muß alle Meinungswerte sowohl wie die bekannte Kritik an den "Streikgewerkschaften" verstummen. Wer es als Kritik ehrlich meint mit sich, seiner Familie und seinen Verwandten, der muß sich den Gewerkschaften anschließen und für sie unablässig eintreten.

Sozialdemokratische Propaganda.

Der zweite Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Reichstagsabgeordnete Philipp Scheidemann, hat in einer sozialdemokratischen Parteiversammlung in Hamburg in scharfer Weise die von uns auch bereits charakterisierten, die deutsche Arbeiterbewegung beleidigenden Schreibereien in einigen ausländischen Sozialistenblättern, momentlich in der "Verner Tagwacht", verurteilt. Scheidemann hat dabei mit Rücksicht auf bestimmte Veröffentlichungen eines gewissen Herrn Radel, der jetzt unter dem Namen "Parabolium" schreibt, bedingt den Ausdruck Spiebel sei gebraucht und gezeigt, es liege die Frage nahe, ob ein solcher Schriftsteller nicht etwa im Dienste einer ausländischen Regierung stehe. Darauf wurde Scheidemann von ein paar sozialistischen Tagesblättern hart angelassen, die den "Genossen Radel" abermals in Schuß nahmen. Nunmehr steht Scheidemann mit, welche Neuerungen Radel in Betracht kommt. Er schrieb nämlich u.a. in der "Verner Tagwacht" folgendes über die gegenwärtigen "Aufgaben" des Proletariers:

"Es ist nötig, daß er sich nicht damit begnügt, die offizielle Politik der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Er muß zu offenen proletarischen Aktionen übergehen."

Am andern Stelle heißt es:

"Wenn unsere Arbeit (nämlich die der Parabolium-Revolutionären) schon einen größeren Kern von Klassenkämpfern gesammelt

hat, da gebe man bei entsprechendem Anlaß auf die Straße; mag die Regierung die Landsturmute gegen Proletariat ausspielen, die Brot und Frieden fordern."

Hiermit entpuppt sich Radel-Parabolium als ein Mensch, der die Arbeiter Deutschlands zur Errichtung ihrer gewerkschaftlichen und ihrer politischen Organisation aufzulösen will! Sie sollen zu "proletarischen Aktionen", zu Straßenkämpfen gegen die offizielle Politik der Sozialdemokratie (die sich in den Reichstagserklärungen der sozialdemokratischen Fraktion fundiert) übergehen! Dann könne ja die Regierung die Landsturmute gegen die Proletarien ausspielen", was gleichbedeutend wäre mit dem Abschlag eines blutigen Bürgerkrieges.

So wütet nun ein Mensch in der Auslandsopresse gegen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft Deutschlands, der vor dem Kriege bereits Jahrzehnt in Deutschland überall dabei war, wenn es galt, in der Arbeiterpartei auch unerhebliche taktische Meinungsverschiedenheiten zu "prinzipiellen Gegenseitigen" in oft standhaftiger Weise herauszuhalten! Der Radel ist kein Deutscher, sondern kam aus irgend einem Bezirk jenseits unserer Ostgrenze. Sein richtiger Name ist Sabelsöhnlein. Unter dem Namen Radel spielt er zusammen mit dem ebenfalls bis zum Kriege in Bremen wohnhaft gewesenen holländischen Naturphilosophen Pannekoek und ähnlichen Zugländern den "Helden der wahren sozialistischen Prinzipien". In ihrem Heimatlande könnten diese "Prinzipienwächter" seine ihrem Gegenjahr entsprechende Rolle spielen, sie schlugen deshalb ihre Zelte in dem "Barbarenlande" Deutschland auf, wo nach altem Brauch das Ausländerrecht immer wieder imponiert. Wer die oben genannten Neuerungen des Sabelsöhnen reißlich überdenkt, der muß zu dem Schluss kommen, daß wir es in ihm mit einem anarchistischen Proboten zu tun haben, der bewußt oder unbewußt die Geschäfte des deutschfeindlichen Auslandes besorgt, indem er das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft Deutschlands zu unterwühlen sucht, sollte es auch zum Bürgerkrieg in unserem Lande kommen! Dieses Meßtutat könnte natürlich nur den gegen Deutschland kriegsführenden Mächten, vor allen Dingen Russland, nützen, unter keinen Umständen jedoch den freiheitlichen Bestrebungen der deutschen Arbeiterschaft dienlich sein. Man kann es daher leicht begreifen, daß Scheidemann, der persönlich die Spiegelwirtschaft während des Sozialistenkrieges kennen lernte, mit Rücksicht auf die ihm bekannten Propagandas des Sabelsöhnen von Spiebel sprach. Wir verstehen wirklich nicht, wie man in einem unserer Arbeiterschaftsblätter überhaupt noch irgendwelche Entschuldigungen für den Sabelsöhnlein vorbringen kann. Ist der Mensch im bezahlten Spiebel (Agent provocateur), dann ist er doch, vom Standpunkt der deutschen Arbeiterschaft betrachtet, ein gefährlicher anarchistischer Propagandist, der es sich mit dem verbrecherischen Gedanken eines blutigen Bürgerkrieges spielt. Man kann ihm eigentlich auch geläufige Unzulänglichkeiten zulassen, aber auch dann bleibt er für ein gewinngünstigerer Kurs. Er hat es, wie sein Freund Pannekoek vorgezogen, das "Barbarenland" zu verlassen und verzichtete mit Sabelsöhnlein gegen die deutsche Arbeiterschaft, die gutmütig den Sabelsöhnen jahrelang ein weitgehendes Vertrauen gewährt hat, wie Zugländern in den ausländischen Arbeiterschaften nicht zuteil wird. Unsere Arbeiterschaft verläßt nichts, sondern gewinnt nur, wenn alle anarchistisch-kommunistischen Sabelsöhne auch aufstündig dem "Barbarenland" fernbleiben. Die deutschen Barben können ihre innerpolitischen Angelegenheiten besser ohne die doch nur auf Bank und Berüstung gerichtete Wirkung der Sabelsöhne ordnen.

Die Arbeiterbewegung und der Krieg.

Kollege August Winnig, Redakteur des "Vorarbeiter-Grundsteins", hat in den "Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung" eine Abhandlung über die Stellung der organisierten Arbeiter zum Krieg und während des Krieges veröffentlicht. Winnig betont wie die Notwendigkeit der Solidarität aller Volksgruppen gegenüber dem feindlichen Unisono und zieht aus dieser Tatsache für die Zukunft in folgender Weise die Konsequenzen: "Es läßt sich heute noch nicht sagen, welche innerpolitischen Wirkungen dies große Ereignis haben wird. Das hängt von der Haltung mancher Faktoren ab, über die heute noch tiefe Ungewissheit herrscht. Aber um diese eine Tatsache kommt niemand mehr herum: die Arbeiterschaft ist durch ihre gegenwärtige Haltung eine neue Größe im öffentlichen Leben geworden. Sie hat durch ihr Verhalten ein Stück Verantwortung für die Geschichte ihres Landes übernommen. Das gibt ihr einen Anspruch auf Mitwirkung an der weiteren Entwicklung und Gestaltung des staatlichen Ganzen. Die Übernahme der gleichen Pflichten bedingt die Gewährung der gleichen Rechte. Werden Regierung und bürgerliche Parteien sich dieser Notwendigkeit beugen? Davon — das ist sonnenklar — hängt alles ab. Werden sie auf die Fortsetzung jener Rechtspolitik verzichten? Werden sie es nicht tun, so wird die Spannung zwischen Staatsgewalt und Arbeiterklasse zu gefährlichen Graden steigen, und das innere politische Leben unseres Volkes werden schwere Konflikte erschüttern und zerreißen. Werden sie der Arbeiterklasse den Raum und das Recht zu positiver Mitarbeit nicht verweigern, so werden damit die großen schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse für die Neugestaltung unseres öffentlichen Lebens frei, und Land und Volk werden ihr Wirkung zeigen."

Mitsstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Bruchstraße. Hier ist an der Koferei eine sogenannte Kantine eingerichtet, wo den Arbeitern auch Bier und Schnaps bereitgestellt wird und zwar in solchen Mengen, daß schon sehr oft vorstehende Gestalten auf dem Bechenplatz und dem Heimweg beobachtet wurden. Es ist notwendig, daß sich die Behörde diese sogenannte Kantine und die dort herrschenden Verhältnisse einmal näher ansieht. Uns sind von verschiedenen Seiten Schilderungen angegangen, wonach sich ganz unglaubliche Zustände eingebürgert haben müssen.

Beide Dahlhauser Viehbau. Die Pünftlichkeit bei der Seilschaft läßt hier zu wünschen übrig. Oft beginnt die Aufsicht mittags erst von 2.10 Uhr, statt um 2 Uhr, am 18. Februar war es sogar 2.15 Uhr.

Die Arbeiter kommen pünftlich zum Schacht und müssen nun in ihren durchschnittenen, sauschten Kleidern warten, was ihrer Gesundheit sicher nicht förderlich ist. Da der Waschsaal sind Brausen genug, es kommt aber oft vor, daß ein Teil schlecht oder überhaupt nicht läuft. Das Bestrafen wegen unreiner Kleidung wird monatlich als Art empfunden, weil es den Arbeitern nicht immer möglich ist, die Kleider rein zu halten. Da müßten doch die verschiedenen gezeigten Verhältnisse mehr berücksichtigt werden.

Ebenso müßte darauf natürlich auch bei Bestrafungen wegen Mindermaß Müdigkeit genommen werden. Manche Straßen sind sehr holperig, eng und niedrig, so daß hochgeladene Wagen kaum durchzukommen sind. Es kommt dann der weiße Transport bis zum Schacht hinzu, so daß die Wagen schlechter geladen am Tage ankommen können, ohne daß die Arbeiter daran etwas ändern können. Wenn sie in solchen Fällen trocken befeitigt werden, geschieht das mit Unrecht. Was erhalten die Arbeiter übrigens für die Kosten, die von den überladenen Wagen herunterfallen und von Schichtführern aus den Etappen geladen werden müssen? Von Steiger C. erwarten die Arbeiter etwas mehr Höflichkeit und Entgegenkommen.

Beide Heinrich (Neberruhe). Im Jahre 1912 versprach der Be-

trieb, daß er auf Heinrich die Einrichtung getroffen, daß statt der Hälfte des im vorhergehenden Monat verdienten Lohnes nur höchstens 80 M. als Abschlag gegeben werden. Leute, die nun bei der Annahme, well der ganze Betrag für die Kartoffeln im August gebracht war, nur ein paar Mark, teilweise auch nichts erhalten hatten, freuen beim Betriebsführer an, ob sie denn nicht etwas mehr Abschlag erhalten können. Hierzu wurden sie dann gestellt, ob sie auch am katholischen Feiertage (6. Januar) gearbeitet hätten; wurde verneint, wurde auch nicht mehr Abschlag gegeben, andernfalls wurde mehr Abschlag bewilligt.

Beide Altvigil (Eisbachtal Hubert). Die Spannung zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnern ist auch hier zu groß und liegt meist in den Arbeitsverhältnissen und weniger in der verschieden Leistungsfähigkeit der Arbeiter begründet. Das läßt sich auch aus einem vorliegenden Lohnbuch eines Bauers ersehen. Dieser verdiente im November 1913 auf 22 Schichten 102,70 M. oder 7,40 M. pro Schicht. Dezember 1913 auf 23 Schichten 102,01 M. oder 7,05 M. pro Schicht. Januar 1914 auf 22 Schichten 102,85 M. oder 7,67 M. pro Schicht. Februar 1914 auf 22 Schichten 101,18 M. oder 6,87 M. pro Schicht. März 1914 auf 23 Schichten 145,52 M. oder 6,33 M. pro Schicht. April 1914 auf 24 Schichten 151,42 M. oder 6,31 M. pro Schicht. Mai 1914 auf 24 Schichten 148,83 M. oder 6,20 M. pro Schicht. Juni 1914 auf 22 Schichten 153,84 M. oder 6,90 M. pro Schicht. Juli 1914 auf 23 Schichten 150,— M. oder 6,— M. pro Schicht. August 1914 auf 25 Schichten 150,— M. oder 6,— M. pro Schicht. September 1914 auf 22½ Schichten 132,92 M. oder 5,91 M. pro Schicht. Oktober 1914 auf 24½ Schichten 140,36 M. oder 5,70 M. pro Schicht. November 1914 auf 22 Schichten 128,51 M. oder 5,82 M. pro Schicht. Dezember 1914 auf 24 Schichten 107,00 M. oder 4,70 M. pro Schicht. In den letzten neun Monaten vor dem Kriege hat dieser Bauer also auf 200 Schichten 1288,86 M. oder durchschnittlich 6,44 M. pro Schicht verdient; in den ersten fünf Monaten nach Kriegsbeginn verdiente er aber auf 108½ Schichten nur 818,80 M. oder durchschnittlich 5,72 M. pro Schicht. Sein Lohn war also 92 Pf. im Dezember sogar 1,83 M. pro Schicht niedriger, wie im Durchschnitt der letzten neun Monate vor Kriegsbeginn. Die Spannung zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnern war also im Durchschnitt der höchsten neun Monate vor Kriegsbeginn. Die Spannung zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnern war also im Durchschnitt der höchsten neun Monate vor Kriegsbeginn. Die Spannung zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnern war also im Durchschnitt der höchsten neun Monate vor Kriegsbeginn.

Beide Reuterlohn I. Neben das Verhalten des Steiger C. haben wir schon wiederholt von Arbeitern klagen gehört, selbst in der jüngsten Zeit. So sagt er am 23. Februar zu einem Arbeiter: "Sie sind ein Hauptpelz! Wenn Sie noch lange bei mir bleiben, sollen Sie verhungern." Auch eine Kameradschaft aus Alzö 12 bezeichnete er als Faulenzer. Solche beleidigenden und chridigenden Äußerungen sollten doch sicher jetzt besser unterbleiben. Damit wird dem Bergarbeiter doch sicher nicht gedient und der Sach noch weniger. Gerade von einem Bergmann muß erwartet werden, daß er mehr Mühlung und Tatkraft besitzt und auf das Erfolgsergebnis der Arbeit Rücksicht nimmt. Was würde Steiger C. sagen, wenn ihm so geschickt würde? Darüber würde er sich jedenfalls sehr beleidigt fühlen. Ebenso fühlen sich auch die Arbeiter beleidigt und in ihrer Ehre gekränkt. Darum: Was du nicht willst, daß man dir tu', das sag' auch seinem andern zu!

Königreich Sachsen.

Königliches Steinlochwerk Blauescher Grund. Seit Ausbruch des Krieges sind auf diesem Werk viele Arbeitslose eingestellt worden. Leider blieben sie nicht lange, da der geringe Lohn von 3,80 bis 4,20 M. nicht ausreicht. Zudem herrscht auch in anderen Betrieben eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften, auch wird dort besser bezahlt. Aber viel liegt auch mit an der Behandlung der Leute durch die Beamten. Es gibt viele Beamte, denen können die Leute nie genug machen, immer nennen sie dieselben faul und träge. Beim Gedingestellen wird gewöhnlich gefeixt und gehandelt, was zur Folge hat, daß viele Arbeiter auf keinen genügenden Lohn kommen können. Hauerlöhnne von 4,40 M. werden ausgeschüttet an Familienbäder mit zahlreichen Angehörigen. Dass da Mühsal entsteht, ist ersichtlich. Es gibt ja auch Arbeiter, die 6,50 M. und darüber verdienen, aber das sind Paradieshöfe. Wo die Kosten leichter zu gewinnen sind, ist es keine Kunst, tüchtige Leistungen zu erzielen und hohe Löhnne dabei zu verdienen. Damit nun auch die mit weniger Löhnne Lohnzulage mehr verdienen, hat die Direktion angeordnet, daß jeden Monat drei Nebenkosten gemacht werden können. Sonst war es immer Sitte, daß die Arbeiter sich melden mußten, welche Nebenk

Werden hier von, woran nicht zu zweifeln ist, wiederum die meisten tauglich befunden, so ist damit der leichte Mangel der in der Volkskraft schließenden Bergarbeiter dem Bergbau entzogen und dieselben nur noch diejenigen übrig, welche bereits am Ende ihrer Kraft angelangt sind. Was soll dann werden? Selbst beim besten Willen kann kein Mensch auf die Dauer über seine Kräfte arbeiten. Es darf nicht vorhanden, mit ungelerten Arbeitern die Kohlenförderung in der erforderlichen Höhe aufrecht zu erhalten, ist rein unmöglich, ohne die damit verbundenen Gefahren für den einzelnen sowohl wie für die Gesundheit in Betracht ziehen zu wollen. Nun kommt die Verpflichtung von Gefangen. Die Bedenken hiergegen sind in der "Bergarbeiter-Zeitung" genügend geltend gemacht, brauchen also nicht weiter erörtert zu werden. Es wird daher die höchste Zeit, daß aus vorneuer Siegle der Sicherstellung des notwendigen Kohlenbedarfs eine größere Aufmerksamkeit gewidmet wird, um der drohenden Gefahr der Kohlennot wirksam entgegenzutreten.

Über 40 Jahre alt.

Wir haben immer bedauert, daß über 40 oder 40 Jahre alte Arbeiter und Beamte von manchen Werken bei der Arbeitssuche als zu alt angesehen wurden. Die Erfahrungen des letzten Krieges veranlassen nun auch die Hochschule "Evangelischer Arbeiterverein" (Nr. 7 vom 18. Februar) zu folgenden bemerkenswerten Betrachtungen:

"Die Ausbildung des Landsturms in diesem Kriege hat Tausende von Männern über 40 Jahren zur Verleibung des Vaterlandes unter die Waffen gezwungen. Nicht nur im Garnison- und Kappellenkampf, sondern hier und da auch schon in vorderster Front tun diese "Alten" ebenso wie unsere jüngsten Kämpfer ihre volle Pflicht und Schuldigkeit. Und doch die Landsturmmänner allen Entbehrungen und Strapazen des Kriegslebens gewachsen sind, wird von allen militärischen Stellen rücksichtlos anerkannt. Diese gewiß erfreuliche Tatsache regt in der Arbeiterschaft zu Vergleichen an mit der Behandlung der über 40 Jahre alten Arbeiter im gewöhnlichen Leben. Es gibt nämlich sehr viele Betriebe, besonders in der Großindustrie, bei denen Arbeiter über 40 Jahre überhaupt nicht eingestellt werden. Manche Städtegemeinden haben diese Altersgrenze sogar noch mehr nach unten bewiesen. Von Arbeiterseite ist schon vor dem Kriege gegen dieses System angeklagt worden. Die Erfahrungen dieses Krieges zeigen mit aller Deutlichkeit, wie recht die Arbeiter haben, wenn sie sich dagegen wehren, daß Arbeiter schon mit 40 oder gar 30 Jahren als minderwertig im Wirtschaftsleben bezeichnet werden. Es wäre auch überaus traurig um unsere nationale Volkskraft bestellt, wenn breite Volkschichten schon mit 40 Jahren verbraucht wären und ausgeschaltet werden müßten. Heute sieht mancher Landsturmann auf Verantwortungsbasis Posten in Heimatland, der vielleicht früher bei der Arbeitssuche die harte Abwehr hören mußte, daß er „zu alt“ sei, um in dem betreffenden Betriebe Arbeit zu finden. Jetzt dürfte es wohl an der Zeit sein, mit solchen Bestimmungen endgültig aufzuräumen. Die Betriebunternehmen wie die städtischen Betriebe, die bisher bei der Einstellung von Arbeitern solche engen Grenzen gezogen haben, werden der Allgemeinheit und dem sozialen Frieden einen Dienst erweisen, wenn sie diese Schranken fallen lassen und auch älteren Arbeitern Erholungsmöglichkeiten bieten."

Was bedeuten die Zeichen des Lösungsscheines?

Die vielen Fragen, welche namentlich jetzt bei Gelegenheit der Auflösungen wegen der „geheimnisvollen“ Zeichen auf dem Blattvertragsschein sich dem Betroffenen aufdrängen, veranlassen nachstehende Übersicht über die Bedeutung dieser Buchstaben und Ziffern, unter deren Buhlfnahmen jeder selbst das Rätsel lösen kann.

Abgesehen von den Ziffern über Körpergröße und Gewicht, die ja ohne weiteres verständlich sind, sind es die Buchstaben A, B, C, L und U, hinter denen sich dann noch eine Ziffer befindet. Es bedeutet A, daß das Vorhandensein geringer körperlicher Fehler und Gebrechen, die jedoch die Fähigkeit zum Waffendienst nicht ausschließen.

Ist jemand mit körperlichen Gebrechen oder Fehlern behaftet, die wohl von dem aktiven Waffendienst ausschließen, aber den aktiven Dienst ohne Waffen (z. B. als Krankenträger oder Defektionshändler) oder den Dienst als Erziehungsberist möglich machen, so erhält er das Zeichen 1 B.

Militärfähige, die Krankheiten und Gebrechen haben, die beseitigt oder durch verminderd werden können, daß die gänzliche oder teilweise Tauglichkeit eintritt, werden als „zeitig unbrauchbar“ mit 1 C bezeichnet.

Wer mit Krankheiten oder Gebrechen behaftet ist, die den Dienst im siedenden Heere, ebenso wie bei der Erziehungsreserve, ausschließen, aber die Tauglichkeit zum Landsturm vorhanden sein lassen, erhält das Zeichen 1 L.

Als „ausgemustert“ ist der mit dem Zeichen 1 U bedachte zu betrachten. Seine Krankheiten und Gebrechen machen ihn sowohl zum Dienst im siedenden Heere und in der Erziehungsreserve, als auch im Landsturm untauglich.

Die hier angeführten Buchstaben stellen die Anlage zur Heeresordnung dar, in deren Aufzügen dann die Krankheiten der einzelnen Organe des menschlichen Körpers angegeben sind. Im ganzen sind 78 Nummern vorhanden, von denen wir die häufigsten anführen:

1. Allgemeine Körperschwäche, Blutarmut, Abgesumpftheit oder Mangelhaftigkeit; 2. Fettlebigkeit; 3. Hauterkrankungen (chronische), auch Hautläsionen; 4. Drüsen; 5. Geschwülste; 6. Auswüchse; 7. Narben; 8. Muskeln; 9. Blut und blutübertrömende Organe; 10. Bluterkrankungen; 13. Gicht; 14. Gelenkehauterkrankungen; 18. Nervenleiden (chronische); 19. Schwabebildung; 20.-29. Augen; 30.-32. Ohren (31. Schwerhörigkeit); 33.-34. Nase; 35.-38. Mund, Zunge, Throat; 39. Zahne; 40. Stoltern; 41. Kopf; 42. Chronische Lebererkrankung; 45. Krankhafte Veränderung der Wirbelsäule; 46. Brust Brusttorax; 47. und 48. Brustkrankheiten; 49. Herz; 51. Bruch; 52. Unterleibsschaden; 53. Blutaderkrankungen (hämorrhoiden); 54.-58. Darm- und Geschlechtsleiden; 60. Verschlechterung der Gebrauchsähnlichkeit eines größeren Gliedes; 62. Gelenke; 63.-64. Arme; 65. Verwachse finger- oder Handfehler; 72. Verkürztes Bein; 73. Krempfadererkrankungen; 74. Narben von Unterhosenfesseln; 75. Platitz; 76.-77. Zehenderkrankungen; 78. Zehenüberzahl.

Hat z. B. ein Militärfähiger auf seinem Lösungsschein stehen: 1 A 49, so kann er auf Grund obiger Zusammenstellung leicht ermitteln, daß er ein Herzfehler hat, daß jedoch beseitigt oder derart verminderd werden kann, daß gänzliche oder teilweise Tauglichkeit eintritt.

Berbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 11. Woche (vom 7. bis 13. März 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

In letzter Zeit ist es öfters vorgekommen, daß Mitteilungen sowie Bestellungen, namentlich wenn es sich um Rücksendungen der Mitgliedsbücher handelt, bei den in Frage kommenden Postorten nicht eingegangen sind. Wir machen deshalb unsere Ortsverwaltungen besonders darauf aufmerksam, daß Mitteilungen und Bestellungen für die verschiedenen Abteilungen des Vorstandes nicht auf einen Bogen Papier geschrieben werden dürfen, da sonst beim Zerteilen oder Abschreiben leicht etwas übersehen werden kann. Nur benutze deshalb für jede Abteilung ein besonderes Formular.

Ferner ersuchen wir unserer Ortsverwaltungen, um Porto und Strafbüro zu haben, die am Jahresabschluß verfügbaren Mitgliedsbücher und -karten als Geschäftspapiere nach Bochum einzubinden. Mitteilungen darüber sind doch nicht beigelegt werden. Es genügt, wenn auf einer Seite des Buches der Zollstellenstempel mit dem Bemerk "Umtauschen" eingedrückt wird. Auch können, wenn die hierfür gebundenen Formulare benötigt werden, die Mitgliedsbücher der zum Kriegsdienst eingerufenen Kameraden als Geschäftspapiere eingesandt werden. Bemerkten wollen wir noch, daß Geschäftspapiere nicht zugelassen werden dürfen. Zu empfehlen wäre, als Absender den Zollstellenstempel auf das Kuvert zu drücken.

Bezirk Oberhausen. Nachdem am 4. Februar der Arbeitersatzwart Anton Dünker-Homburg zum Kriegsdienst eingezogen wurde, hat sich eine anderweitige Regelung der Rekrutierungsteilung im Bezirk Oberhausen notwendig gemacht. Rechtschafft wird erteilt: In Hambo den noch am Montag, Mittwoch und Samstag, in Oberhausen

am Dienstag, Donnerstag und Freitag. An diesen Tagen finden die Sprechstunden wie bisher statt. Es liegt im eigenen Interesse der Rechtschafftenden, nur an diesen Tagen vorzusprechen, da sonst der Weg umsonst gemacht wird.

Localbeitrag.

Die Zahlstelle Wessel ist berechtigt, ab 1. März 1915 pro Woche und Mitglied 5 Pf. Localbeitrag zu erheben.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Localbeitrag zu zahlen. Nichtzahlung hat die Entziehung statutarischer Unterstützungen zur Folge.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Reviseuren unnötige Wege erspart bleiben:

Eberbrunn. Am Montag März.
Langen-Dörp, Horstmar. Vom 6. bis 28. März.
Schwientostowith. Vom 16. bis 31. März.
Wehrmar. Mitte März.

Die Abrechnung für Januar

hatten im Februar folgende Zahlstellen noch nicht eingefasst: Beziß Hamm; Marl, Mühlhausen-Lichsen, Dortmund; Osterode, Goslar; Gießen; Goslar-Ost; Wetzlar, Hessen; Herford, Westerw. Essene; Höxterhausen; Oberhausen; Sterkrade I, Wiesbaden; Morsbach; Hochsauerland; Born a. M.; Mamsdorf. Von den Außenbezirken fehlen: Nordhausen, Oberschlesien, Saarbrücken, Saarland, Senftenberg und Nauen.

Kassen-Bericht des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Geschäftsjahr 1914.

(Vom 1. Februar 1914 bis 31. Januar 1915.)

Einnahme.

Am Bestand am 1. Februar 1914	14538,00 M.
Beiträge	1580554,80
Eintrittsgelder à 50 Pf.	9180,-
Privateboni. à 50 Pf.	24005,70
Localbeiträge	4200,86
Extramarken	7718,00
Kranz- und Diplomatmarken	186,23
Drucksachen	8929,87
Hützablösung von Vorschüssen	22612,48
Secretariatsbeiträge von anderen Gewerkschaften	8210,02
Freiwillige Streitbeiträge	26,00
Güten	133050,44
Bauten und Sparkassen	18709,12
Diverse	75486,35

Summa: 1903569,98 M.

Ausgabe.

Per Ortsvergütungen und Zeitungsboten	224000,00 M.
Bezirksnergütungen	20884,83
Allgemeine Agitation und Bezirksunkosten	127500,99
Sitzungen, Konferenzen und Revisionen	11502,81
Unterstützungen in Sterbefällen	64526,-
" für Gewerksch.	18278,22
" " Arbeitslose	8788,87
" " Kranken	110088,88
" " Druckerei	261289,52
" " Gerichts- und Anwaltskosten	15706,71
" " Rechtsch. für eigene Sekretariate	48107,05
" " Rechtsch. für andere Sekretariate	19406,70
" " Drucksachen und Buchdruckarbeiten	32292,10
" " Verbandsorgane	94271,46
" " Bergware	3280,06
" " Autoren, Sekretaria und Generalkommission	12136,10
" " Verwaltungskosten, persönliche	30147,21
" " Verwaltungskosten, fächerliche	16185,58
" " Versicherungsbeiträge	26116,13
" " Bildungszwecke	1331,04
" " Kriegsunterstützung	702364,80
Kassenbestand am 31. Januar 1915	25858,88

Summa: 1903569,98 M.

Vermögensübersicht.

Banken, Sparkassen und Darlehen	1947807,48 M.
Eiselen	1189000,-
Kassenbestand vom 31. Januar 1915	25358,83

Summa: 2150161,31 M.

Außerdem befinden sich in den Bezirken und Ortstellen

Bestände in Höhe von 51700,-

Das Gesamtvermögen beträgt 3207861,81 M.

Karl Stühlmeyer, Hauptklassierer.

Vorstehende Abrechnung wurde mit den Büchern, Belegen und der Kasse in Übereinstimmung befunden.

Bochum, den 5. März 1915.

Für den Vorstand: Für den Kontroll-Ausschuß:

F. A.: Friedrich Waldecker. F. A.: Heinrich Münsch.

Erläuterungen zum vorstehenden Kassenbericht.

Der Kassenbericht berichtet über eine Zeit, von der sechs Monate der Kriegszeit angehören. Der Monat Juli ist als noch mit zum Krieg gehörnd zu rechnen. Im Monat August wurden die Beiträge für Juli fassiert. Daß in diesem ersten Kriegsmonat, wo alles aufgeriegelt war, ja, an sehr vielen Stellen die Meinung vorherrschte, die Organisation habe keinen Zweck mehr und würde verschwinden, die Einnahme für Juli sehr gelitten hat, braucht nicht erst betont zu werden. Nicht nur für Juli ist die Einnahme zurückgegangen, sondern für die ganze bisherige Kriegszeit.

Dieser Rückgang, verursacht durch die Einberufung zum Kriegsdienst und Abwanderung vieler ausländischer Kameraden in ihre Heimat, spiegelt sich in der Gefanteinnahme der Beiträge im vorliegenden Bericht wieder. In Berücksichtigung aller, die Einnahmen ungünstig stimmenden Ursachen ist der Abschluß des vorliegenden Berichts trotzdem ein guter zu nennen. Die Beiträge sind von 1885 700 Mark für 1913 auf 1580554 Mark für 1914 zurückgegangen. Der Rückgang beträgt 305 146 M. oder 16,17 Prozent. Der Einnahme der Mitglieder beträgt aber über 40 Prozent. Auch die Einnahmen der Beitragszahlungen gegen das Vorjahr um 4087 M. zurückgegangen. Die angeführten Localbeiträge sind für die Hinterbliebenen der im Felde befindenden Kameraden bestimmt. Daß es immer noch Kameraden gibt, die ihren Verpflichtungen von 1910 und 1912 nicht nachgekommen sind, beweist der Betrag von 8929,87 M. für Drucksachen. Der Betrag von 8929,87 M. für Drucksachen ist für die Firma Hansmann & Co., der auf unser Sekretärskonto eingezahlt wurde, bestimmt. Die unter Rückzahlung von Vorschüssen gezeichnete Summe sind Gelder, die als Vorschüsse an die Bezirksleiter oder Zahlstellen zur Auszahlung von Unterstützungen gezeichnet wurden. Von diesen sind sie dann später zurückgezahlt worden.

Unter "Diverse" beträgt die Einnahme 75486,35 M. Sie setzt sich zusammen aus Sammelgeldern, Ortstassenbeständen und Beiträgen der Kriegszeitstützstellen für Kriegsunterstützung.

In der Ausgabe erscheint der Betrag für Bildungszwecke sehr niedrig. Hierzu ist zu bemerken, daß sich unter dem Titel: "Allgemeine Agitation und Bezirksunkosten" ein sehr hoher Betrag für Bildungszwecke befindet.

Von dem Betrage "Versicherungsbeitr